



August 2013

GBK-Kommunalrundbrief Nr.102

Liebe Mitglieder, Liebe
Kommunalpolitikerinnen
und Kommunalpolitiker,

Wahlzeiten sind eine Bewährungsprobe für die Arbeit in den Kommunalvertretungen. Die Politik steht wieder im Fokus, die WählerInnen wollen antworten wissen- und sprechen dabei natürlich die an, die sie vor Ort antreffen. Ihre KommunalpolitikerInnen. Wie sich die Bundespolitik auf die Kommunen ausgewirkt und welche Antworten die bündnisgrüne Bundestagsfraktion entwickelt hat, dazu gibt es einen Bericht der kommunalpolitischen Sprecherin Britta Haßelmann. Der gibt Einblicke in die entscheidenden Strukturfragen für die Kommunen und wie der Bund die Kommunen unterstützen kann.

Kommunen und Vereine können sich gegen Rechtsextremismus wehren. wie, hat der Verfassungsschutz in einer Broschüre dargestellt. Auch bieten die Mobilen Beratungsteams Schulungen im Umgang mit Rechten an.

Erfolgreich war das kommunalpolitische Planspiel in Neuenhagen. Politik kann Spaß machen, war das Fazit. In diesem Sinne ist der Wahlkampf auch beste Gelegenheit, Menschen anzusprechen, bei der nächsten Kommunalwahl zu kandidieren.

In diesem Sinne alles Gute,

Ansgar Gusy

Inhaltsverzeichnis

Die Grüne Kommune- sozial, ökologisch und gerecht- Bundespolitik und Kommunen	02
Kommunalfinanzen	07
Dorf-und Stadtentwicklung, BürgerInnenbeteiligung	10
Klimaschutz, Naturschutz, Umwelt Verkehr	14
Jugend, Soziales, Familien, Migration	16

Materialien

werden den Mitgliedern über die GBK-Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt, falls diese nicht die Möglichkeit des Internet nutzen können.

Quellen:

DifU, MI, BMF, MIL, DEMOS,
Paritätische, Pro Familia, Institut für
Sozialarbeit und Sozialpädagogik
Fachstelle Diversity, BZpB, Michael
Jungclaus, DSStGB

Die grüne Kommune – sozial, ökologisch und gerecht

Ein kommunalpolitischer Bericht aus der Bundestagsfraktion von Britta Haßelmann MdB

Wie stellen wir uns die grüne Stadt der Zukunft vor? Wie können wir die ländlichen Räume im demografischen Wandel entwickeln und die Gemeindefinanzen auf neue Beine stellen?

Dies sind komplexe und schwierige Fragen zu denen die Grüne Bundestagsfraktion umfassende Beschlüsse und Bundestagsinitiativen auf den Weg gebracht hat. Grüne Stadtpolitik verbindet verschiedene Politikfelder und strebt integrierte Lösungen an. Sozial-, Bildungs-, Wohnungs-, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik sind für die lebenswerte Stadt ebenso wichtig wie eine erfolgreiche Wirtschafts- oder Energiepolitik. Deswegen wollen wir die Innovationsprogramme der Städtebauförderung für lebendige Innenstädte und öffentliche Räume, für Stadtumbau im demografischen Wandel, für soziale Stadtentwicklung und für Baukultur stärken und diese Strategie auf Energieeffizienz und Klimaschutz erweitern.

In Ballungsräumen und Universitätsstädten hat sich der Mangel an preiswerten Wohnraum deutlich verschärft. Wachsende Nachfrage, aber auch Modernisierungen wie Klimaschutz und altersgerechter Umbau verursachen vielerorts Mietsteigerungen, die für angestammte Mieterinnen und Mieter nicht mehr bezahlbar sind. Die Folgen sind deren Verdrängung durch finanzkräftigere Haushalte, die sogenannte Gentrifizierung und die wachsende soziale Spaltung der Städte. Zudem muss überall Wohnraum mindestens altersgerecht barrierefrei umgebaut oder neu errichtet werden.

Täglich geht preiswerter Wohnraum verloren. Doch Schwarz-Gelb hat es nicht vermocht, für die notwendige energetische

und soziale Modernisierung von Wohnraum sozialverträgliche Lösungen zu finden. Äußerst kontraproduktiv war, dass Schwarz-Gelb die Programme für energetische Sanierung und altersgerechtes Umbauen zusammengestrichen hat. Programme für eine sozial gerechte energetische Quartierssanierung – wie sie der grüne Energiesparfond darstellt - sind nur in Ansätzen vorhanden. Die im Dezember letzten Jahres beschlossene Mietreform ist sozial unausgewogen. Die jüngste Ankündigung von Kanzlerin Angela Merkel, eine Mietpreisbremse auf Länder- und kommunaler Ebene einzuführen, ist ausschließlich dem Wahlkampf geschuldet. Doch Ankündigungen schützen Mieterinnen und Mieter nicht. Im Glauben auf die Kräfte des Marktes verzichtet Schwarz-Gelb auf die politische Steuerung von Umbauprozessen. Die Einschränkung von Mietminderungsrechten bei Sanierungsmaßnahmen, die Aufrechterhaltung der Sanierungsumlage bei 11 Prozent und die unzureichende Deckelung bei Neuvermietungen treiben die soziale Spaltung in den Städten noch weiter voran. Wir Grüne wollen u.a.:

- Mietsteigerungen stärken regulieren. Wir fordern seit Jahren die Deckelung von Wiedervermietungsmieten in Gebieten mit Wohnraummangel auf 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete,
- den Kommunen die Möglichkeit geben, bei der Ausweisung von Sanierungs- und Milieuschutzgebieten Mietobergrenzen festzusetzen,
- die Modernisierungsumlage auf 9 Prozent absenken,
- eine sozialgerechte energetische Quartierssanierung mit einem Energiesparfonds von jährlich 3 Mrd. Euro vorantreiben

- zusätzlich zum Energieeinsparfonds eine verlässliche Ausstattung der KfW Gebäudesanierungsprogramme in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich, um die Förderprogramme für die energetische Sanierung und den altersgerechten Umbau besser ausstatten,
- sowie die von Schwarz-Gelb zusammengestrichene Städtebauförderung, insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ wieder auf solide Füße stellen und auf das ursprüngliche Niveau von 610 Millionen Euro, perspektivisch auf den tatsächlichen Bedarf von 700 Millionen Euro jährlich zu erhöhen.

Auf diese Weise entstehen Arbeitsplätze und so sichern wir zugleich bezahlbaren Wohnraum.

Unsere vielfältigen Visionen einer „grünen Stadt der Zukunft“ sind im Fraktionsbeschluss vom 10.9.2013¹ und einer Vielzahl von Bundestagsinitiativen zu finden.

Auch wenn immer mehr Menschen in Städten leben, müssen wir die ländlichen Räume entwickeln und demografiefest machen. Hierzu haben wir Positionen für die Weiterentwicklung der sozialen² und technischen³ Infrastruktur entwickelt. Ein Bundestagsantrag (Drucksache 17/13246)⁴ ist vor kurzem auf den Weg gebracht. Schwarz-Gelb ist auch bei dieser zentralen Zukunftsfrage ohne Konzept. Die Bundeskanzlerin veranstaltet Gipfel und Gipfel, allein, der demografische Wandel wird nicht warten, bis die schwarz-gelbe Bundesregierung zu Ende beraten hat. Wir müssen jetzt die Weichen stellen und fordern einen Nationalen Aktionsplan aufzulegen, der klare und explizite politische Schritte zur Bewältigung des demografischen Wandels vorsieht und alle betroffenen Politikfelder umfasst.

Ohne finanzielle Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge wird der

demografische Wandel nicht zu bewältigen sein. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wirken sich bereits heute spürbar auf das Leben und die Versorgung in ländlichen Regionen aus. Die demografische Entwicklung verstärkt die finanzielle Abwärtsspirale, gerade für Gemeinden in strukturschwachen Regionen. Weniger EinwohnerInnen führen zu sinkenden Einnahmen – etwa aus Steuern, des Länderfinanzausgleichs oder durch die sinkende Erwerbsquote. Zudem sind strukturschwache und vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen mit erhöhten Infrastrukturkosten belastet. Dies gilt auch für die sozialen Pflichtleistungen.

Klamme kommunale Kassen zwingen Städte und Gemeinden bei den sogenannten freiwilligen Leistungen einzusparen. Wir Grüne im Bund fordern deshalb, die steuerlichen Einnahmen der Gemeinden zu stärken und die Kommunen bei sozialen Pflichtleistungen zu entlasten. Doch auch in dieser Frage ist die Gemeindefinanzkommission von Schwarz-Gelb gescheitert. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund war ein erster Schritt. Dabei darf es jedoch nicht bleiben. Wir Grüne in Bund, Ländern und Kommunen haben uns zusammengesetzt und finanzpolitische Weichenstellungen erarbeitet, um die kommunale Daseinsvorsorge zu stärken. Die Vorschläge aus dem Abschlussbericht⁵ der grünen Finanzkommission zur Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende schrittweise auf 37,7 % und zur Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sind auch in das grüne Wahlprogramm zur Bundestagswahl eingeflossen. Neben der Erhebung der Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende fordern wir die bisherige Eingliederungshilfe durch ein Teilhabeleistungsgesetz abzulösen und den Bund angemessen an der Finanzierung zu beteiligen. Wir fordern außerdem die

Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer und eine Reform der Grundsteuer. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalierten Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns Grüne: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize.

Magere schwarz-gelbe Kommunalbilanz Union und FDP machten die Situation der Kommunen zum Gegenstand einer großen Anfrage im Bundestag. Wir fragten uns: warum ausgerechnet bei diesem Thema, wo es doch nichts abzufeiern gibt? So musste sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf 120 Seiten⁶ alle Mühe geben, ihre Taten und vor allem ihr Nichthandeln schön zu reden. Denn die schwarzgelbe Bilanz zur Lösung von Zukunftsaufgaben vor Ort sieht düster aus.

Während allein im letzten Jahr der Investitionsstau in den Kommunen von 100 Mrd. auf 128 Mrd. Euro angestiegen ist, fährt die schwarz-gelbe Bundesregierung systematisch Investitionshilfen für Kommunen zurück. Bei den vorhandenen Programmen und Gesetzesvorhaben sucht man vergeblich nach einer Neujustierung, die eine sozial-ökologische Erneuerung unserer Städte und Gemeinden unterstützt. Auch eine Reform der Gemeindefinanzen, insbesondere die dringend notwendige Entlastung der Kommunen bei den sozialen Pflichtleistungen steckt noch in den Kinderschuhen.

Die Bundesregierung stellt zudem die Investitionen für die kommunale Verkehrsinfrastruktur von rd. 1,3 Mrd. Euro durch das Entflechtungsgesetz in Frage. Sie behindert notwendige Investitionen, indem sie die Entflechtungsmittel um lediglich ein Jahr bis 2014 gewährt und die Mittel bis 2019 sogar degressiv abschmelzen will. Wir Grüne fordern hingegen die Fortschreibung der Entflechtungsmittel bis 2019.

Um auch für die Zeit danach die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen, fordern wir Grüne im Bund eine Bund-Länder-Kommission einzurichten.

Mehr zur schwarz-gelben Kommunalbilanz in unserem Entschließungsantrag unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/137/1713748.pdf>

1 http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschlusse/Beschluss_gruene_Stadt.pdf

2 http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschlusse/Beschluss_Soziale_Infrastruktur.pdf

3 http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschlusse/Beschluss_laendliche_Raeume.pdf

4 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/132/1713246.pdf>

5 http://www.britthasselmann.de/fileadmin/user_upload/gruene_btf_hasselmann/politik/2013/Abschlussbericht_Finanzkommission.pdf

6 http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/2013-04-24-Lage-Kommunen-anl.pdf?__blob=publicationFile&v=3

(Quelle GAR-BW)

(Quelle GAR-BW)

Politik vor Ort- Bündnisgrüne
Programmatik zur Bundestagswahl

Auszug

...Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Unsere Ansprüche an die Kommunen sind hoch, denn wir wollen gute Institutionen für alle. Vor Ort werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen gestellt. Doch die finanzielle Lage ist zum Teil dramatisch. Die Einnahmen sind in der Krise ein gebrochen und viele haben sich bis heute nicht erholt. Steigende Sozialausgaben führen zu zusätzlichen Kosten für die kommunalen

Haushalte. Das alles führt zu immer mehr Schulden und beschneidet die Handlungsfähigkeit massiv.

In vielen Kommunen werden die Menschen deshalb in Form hoher Gebühren, maroder Infrastruktur und durch den Verlust an Lebensqualität übergebührlich belastet. Doch die Hilfe von Bund und Ländern bleibt vielerorts aus. Stattdessen verkünden sie weitere Aufgaben und übertragen den Kommunen die Verantwortung, ohne die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Wir stehen für einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden. Zusätzliche

Aufgaben müssen immer durch zusätzliche Mittel gedeckt sein. Das Konnexitätsprinzip muss also endlich auch auf Bundesebene verankert werden.

Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben spürbar entlasten. Wir erhöhen dazu in einem ersten Schritt den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft

auf 35%, in einem zweiten auf 37,7%.

Damit entlasten wir die Kommunen um 1 Mrd. Euro. Außerdem wollen wir die bisherige Eingliederungshilfe durch ein Teilhabeleistungsgesetz ablösen und den Bund angemessen an der Finanzierung beteiligen. Eine entsprechende Reform der Eingliederungshilfe muss die Ziele der UN- Behindertenrechtskonvention befördern und einen Strukturwandel einleiten hin zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe. Die Angebote und Leistungsformen gilt es hierauf auszurichten und auszustatten. Die Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Kosten, die aus einem Teilhabegesetz erwachsen, dürfen nicht komplett auf Länder und Kommunen abgewälzt werden.

Das Geld fehlt auch für wichtige Investitionen – sei es in neue Zukunftsprojekte wie Bildung und Energie, sei es für dringend notwendige Sanierungen. Leere Kassen und einseitige

Wettbewerbsvorgaben für kommunale Unternehmen erhöhen den Druck auf die Kommunen, ihre Leistungen zu privatisieren. Wieder einmal versucht die EU-Kommission mit Unterstützung von Schwarz-Gelb zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Wasserver- und -entsorgung durch hohe Auflagen an Stadtwerke, Zweckverbände und interkommunale Kooperationen zu beschneiden. Doch häufig

haben Privatisierungen mehr Probleme geschaffen als gelöst. Oft bedeutet dies, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trägt letztlich die Allgemeinheit.

Privatisierungen sind nur im Ausnahmefall sinnvoll und müssen an harte Bedingungen geknüpft werden.

Wir GRÜNE stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Wir wissen, wie wichtig es ist, die politische Steuerungsfähigkeit der Kommunen, Transparenz und die demokratische Kontrolle sicherzustellen, wenn es um die Zukunft der Daseinsvorsorge geht. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die ihre Leistungen wieder selbst erbringen wollen. Dazu wollen wir die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sichern und die interkommunale Zusammenarbeit fördern. Ein Weg kann auch die Bildung von Regionalkreisen sein, in denen die Kernstadt mit den Umlandkreisen eine gebietskörperschaftliche Einheit bildet.

Aufgaben der Daseinsvorsorge von der Wasserversorgung bis zur Abfallbeseitigung wurden in den letzten Jahren vielfach in Gesellschaften privaten Rechts in kommunaler Eignerschaft oder mit Beteiligung privaten Kapitals überführt. Dadurch werden die kommunalpolitischen Grundsätze der Transparenz und der Kontrolle durch den Gemeinderat ausgehöhlt. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit wird in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge praktisch unmöglich gemacht. Deshalb fordern wir

öffentliche Aufsichtsratssitzungen und Informationspflichten auch kommunaler öffentlicher

Unternehmen.

Obwohl Kommunen ihre Beschaffung grundsätzlich nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten können, schöpft die Vergabepaxis diese rechtlichen Möglichkeiten oft nicht aus. Die Entscheidung fällt häufig immer noch für das billigste Angebot, obwohl es bei einer Betrachtung über den gesamten Lebenszyklus hinweg wirtschaftlichere Alternativen gäbe. Wir wollen deshalb prüfen, wie Dumpingangebote automatisch und rechtssicher aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können.

Die Finanzlage der Kommunen muss insgesamt verbessert werden. Die wichtigste Maßnahme ist eine Gemeindefinanzreform, die eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherstellt. Wir fordern den Erhalt der Gewerbesteuer, die Weiterentwicklung einer kommunalen Wirtschaftssteuer

und eine Reform der Grundsteuer. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalieren Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns GRÜNE: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize. Das Hebesatzrecht liegt bei den Kommunen.

Der Gesamte Text ist hier zu finden:
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm-Q-Unsere-Politik-vor-Ort-Beschluss-BDK-04-2013.pdf

**Kommunalpolitik und
Kommunalverwaltung**

Eine praxisorientierte Einführung

Jörg Bogumil / Lars Holtkamp, Seiten:
264, Erscheinungsdatum: April 2013,

Erscheinungsort: Bonn, Bestellnummer:
1329

Wie geht es den Kommunen? Positiven Entwicklungen wie der verbesserten Partizipation der Bürgerschaft stehen Probleme etwa durch den demografischen Wandel und die wachsende Finanznot entgegen. Das Buch führt praxisorientiert, politikwissenschaftlich fundiert und allgemeinverständlich in das Thema ein.

Die Kommunen leiden Not. Finanzkrise und demografischer Wandel, neue Gesetze und Privatisierung lauten die Schlagworte. Wie wirken sich dies auf die Handlungsspielräume der Kommunen und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung aus? Wie haben Elemente der direkten Demokratie wie Bürgerbegehren und Bürgerforen die kommunalpolitischen Entscheidungsstrukturen verändert? Welchen Einfluss nehmen die Direktwahl der Bürgermeister und das informelle Handeln der Akteure auf Entscheidungsprozesse und Machtstrukturen in der Kommune? Welche Probleme verursacht neben der repräsentativen auch die direkte Demokratie? Solchen aktuellen Fragen gehen Jörg Bogumil und Lars Holtkamp in diesem Buch nach. Sie erläutern die Entstehung der kommunalen Selbstverwaltung, die Einbindung der Kommunen in das föderale System Deutschlands, ihre Aufgaben und ihre Probleme. Damit stellt das Buch eine aktuelle politikwissenschaftlich fundierte, zugleich praxisorientierte und allgemeinverständliche Bestandsaufnahme der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung dar. Zugleich bietet es eine empirisch gestützte, kritische Analyse kommunalpolitischer Entwicklungen.

Die Autoren sind im kommunalen Bereich sehr bekannt. Prof. Bogumil hat im Rahmen der Enquete-Kommission „Brandenburg bürgernah und zukunftsfest“ des Landtages als Gutachter gearbeitet. Beide Autoren haben mit der Heinrich-

Böll-Stiftung veröffentlicht und Beiträge für die Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik verfasst.

<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/156902/kommunalpolitik-und-kommunalverwaltung>

Kommunen für Freiheit und Demokratie

Die Verfassungsschutzbehörden von Brandenburg und Sachsen haben ihre gemeinsame Broschüre „Kommunen für Freiheit und Demokratie - Ein Handlungsleitfaden für wehrhaften Umgang mit Extremisten“ neu aufgelegt. Das überarbeitete Informationsheft richtet sich insbesondere an die Städte und Gemeinden, teilte der brandenburgische Verfassungsschutz mit. Insbesondere Rechtsextremisten drängten in den Kommunen in den öffentlichen Raum, um ihre demokratiefeindliche Ideologie zu verbreiten. Der Leitfaden zeige Möglichkeiten der Gegenwehr auf.

Die ursprünglich im Jahr 2008 aufgelegte Broschüre ist jetzt überarbeitet worden, weil wichtige Wahlen bevorstehen. Nach der Bundestagswahl folgen in Brandenburg und Sachsen im kommenden Jahr neben der Europawahl auch Kommunal- und Landtagswahlen. Bei Wahlen ist nach Angaben der Verfassungsschützer erneut mit erhöhten Aktivitäten von Extremisten zu rechnen. Diese könnten versuchen, Immobilien zu kaufen oder zu mieten. Außerdem könnten sie demonstrieren oder extremistische Propaganda im Umfeld von Schulen verteilen.

Die Broschüre „Kommunen für Freiheit und Demokratie“ kann ab sofort per E-Mail unter info@verfassungsschutz-brandenburg.de bestellt oder als PDF-Datei unter www.verfassungsschutz.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Buch%20KfFuD.15962024.pdf von der Homepage des Verfassungsschutzes geladen werden.

Ursprünglich wurde die Broschüre vom rheinland-pfälzischen Innenministerium

entwickelt. Die Verfassungsschutzbehörden Brandenburg und Sachsen übernahmen sie erstmals im Jahr 2008 und passten sie ihren Ländern an. (Quelle MI)

Kommunal Finanzen

Konjunkturelle Erholung der Finanzen nicht für alle Kommunen

Difu befragte im Auftrag der KfW Bankengruppe Kommunen zu ihrer finanziellen Situation

Insgesamt hat sich im Vergleich zum Vorjahr die finanzielle Situation der Kommunen verbessert. 70 Prozent der vom Difu im Rahmen des KfW-Kommunalpanels 2012 befragten Kommunen konnten im Jahr 2012 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen oder sogar Überschüsse erzielen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass selbst im vergleichsweise "2guten" Jahr 2012 drei von zehn Gemeinden und Landkreisen erhebliche Haushaltsdefizite aufweisen. Selbst Kommunen mit vergleichsweise hoher Steuerkraft beurteilten ihre aktuelle Finanzsituation in immerhin 40 Prozent der Fälle als mangelhaft.

Ein deutliches Zeichen für das weitere Auseinanderdriften finanzstarker und finanzschwacher Kommunen ist, dass die Kassenkredite trotz positiven Gesamtsaldos im Jahr 2012 ungebremst weiter gestiegen sind. Gut ein Drittel der Kommunen wird seine Kassenkreditbestände 2012 und auch 2013 noch ausweiten (müssen). Bei den größeren Städten (mit mehr als 50 000 Einwohnern) ist es sogar mehr als die Hälfte.

Die nach wie vor schwierige Finanzlage vieler Kommunen und nicht zuletzt der erhebliche Rückgang der Zuweisungen für Investitionen der Länder an die Kommunen haben auch negative Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Kommunen. Diese ist nach einer

Hochrechnung der Befragungsergebnisse mit einem Volumen von 24,7 Mrd. Euro im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um etwa zehn Prozent zurückgegangen. Die geplanten Investitionen für 2013 bleiben mit 25,1 Mrd. Euro in etwa auf dem gleichen Niveau. Entsprechend ihrer schwierigen finanziellen Lage fallen die Pro-Kopf-Investitionen der Kommunen in Bundesländern mit hohen kommunalen Kassenkrediten besonders niedrig aus.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass der Investitionsrückstand aus Sicht der Kommunen weiter deutlich zunimmt. Er beträgt nach Schätzungen der Kommunen 128 Mrd. Euro – etwa 20 Mrd. mehr als im Vorjahr. Für diesen großen Sprung gibt es jedoch neben den knappen Mitteln einen weiteren Grund: Bestimmte Handlungsfelder in den Kommunen bekommen zunehmend höchste politische Priorität, wie etwa die Sanierung von Straßen und Brücken, die Kinderbetreuung, die Anpassung der Schulen an künftige Anforderungen sowie die energetische Sanierung kommunaler Gebäude. Die vorhandene Infrastruktur wird dem jedoch immer weniger gerecht.

Auch der demografische Wandel hat erhebliche Konsequenzen für die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur. Etwa 25. Mrd. Euro müssen nach Einschätzungen der Gemeinden und Landkreise in den nächsten fünf Jahren in Rückbau- und Umbaumaßnahmen fließen, davon entfallen allein sechs Mrd. Euro auf den Schulbereich. Bemerkenswert ist, dass Rückbau nicht nur in den neuen Bundesländern Thema ist. Insbesondere bei den Schulen gibt es in den alten Bundesländern nennenswerten Rückbaubedarf, speziell in schrumpfenden Gebieten, aber auch durch die insgesamt zurückgehenden Kinderzahlen. Mehr dazu unter <http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/publikationen/zeitschriften/difu-berichte/difu-berichte-2013-2.pdf> (Difu)

Bundespolitik und Kommunalfinanzen

Der Finanzierungssaldo der Kommunen insgesamt ist starken Schwankungen unterworfen. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die äußerst hohe Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen. Nach hohen Defiziten in den Krisenjahren 2009 und 2010 hat sich die finanzielle Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise insgesamt deutlich verbessert. Ab dem Jahr 2012 werden wieder Überschüsse erwartet.

Auf der Ausgabenseite wird die Entwicklung der Finanzierungssalden wesentlich von den Ausgaben für soziale Leistungen beeinflusst. Als Ergebnis der Gemeindefinanzkommission wird der Bund den Kommunen die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab dem Jahr 2014 vollständig erstatten. Im Rahmen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags hat der Bund zudem zugesagt, den Erstattungsmechanismus zugunsten der Kommunen zu ändern. In der Summe führen diese beiden Maßnahmen in den Jahren 2012 bis 2016 zu einer Entlastung von insgesamt fast 20 Mrd. €. Die Kommunen werden nachhaltig und aufgrund der demografischen Entwicklung in steigendem Umfang entlastet. Insbesondere finanzschwache Kommunen profitieren von der Kostenübernahme durch den Bund, der seine finanzielle Beteiligung auch beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige (U3) aufstockt. Damit unterstreicht die Bundesregierung die große Bedeutung, die sie der kommunalen Ebene und deren Finanzsituation beimisst. Die Entlastungen durch den Bund tragen zur Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen bei, die nach der Finanzverfassung in die Zuständigkeit der Länder fällt.

Die Kassenkreditbestände erhöhen sich Jahr für Jahr, auch in Zeiten mit insgesamt

hohen Finanzierungsüberschüssen für die Kommunen. Dies zeigt, dass sich die Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen zunehmend verstetigt. Deshalb haben zahlreiche Länder Entschuldungs- und Konsolidierungsprogramme auf den Weg gebracht.

Die Diskussion zur Umgestaltung des kommunalen Steuersystems wird weiterhin geführt werden müssen. Ein Einvernehmen hinsichtlich der Weiterentwicklung des kommunalen Steuersystems ist zurzeit mit der kommunalen Ebene jedoch nicht möglich.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2012/09/Inhalte/Kapitel-4-Analysen/4-3-bundespolitik-und-kommunalfinanzen.html>

Schlüsselzuweisungen nach Zensus

Knapp zwei Drittel der Brandenburger Kommunen bekommen mehr Schlüsselzuweisungen nach Zensus

Demografiefaktor federt finanzielle Auswirkungen für Gemeinden mit gesunkener Einwohnerzahl ab

Die finanziellen Auswirkungen der nach dem Zensus revidierten amtlichen Bevölkerungszahlen für Brandenburgs Kommunen stehen nun fest: Nach der Inventur der amtlichen Einwohnerzahlen erhalten von den 419 Städten und Gemeinden im Land Brandenburg 274 Kommunen mehr (das entspricht einem Anteil von 65,4 Prozent an allen Kommunen) und 131 Kommunen weniger Schlüsselzuweisungen (31,3 Prozent). Für die 14 abundanten Kommunen (3,3 Prozent) hat der Zensus keine Auswirkungen im Hinblick auf Schlüsselzuweisungen. Das hat heute das Brandenburgische Finanzministerium mitgeteilt, nachdem es alle Landkreise, kreisfreien Städten und Kommunen im Land jeweils mit einem Bescheid darüber informierte, welche konkreten finanziellen

Auswirkungen der Zensus auf die Schlüsselzuweisungen hat.

Ende Mai 2013 hatten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder darüber informiert, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 in welcher Region mehr oder weniger lebten als bisher angenommen. Nachdem nun auch die für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen entscheidenden fortgeschriebenen amtlichen Einwohnerzahlen zum 31. Dezember 2011 vorliegen, berechnete das Ministerium der Finanzen, welche Kommunen im Rahmen der bisherigen Abschlagszahlungen zuviel oder zu wenig nach den neuen amtlichen Bevölkerungszahlen erhalten haben. Da auch die Einwohnerzahl Brandenburgs insgesamt abgenommen hat, führt dies bei der gleichen Summe im kommunalen Topf zu leicht steigenden Grundbeträgen. Dadurch erhalten auch einige Kommunen mit leichten statistischen Einwohnerverlusten künftig mehr Schlüsselzuweisungen.

Von den Kommunen mit sinkenden Zuweisungen ist Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) mit 5,21 Prozent weniger Schlüsselzuweisungen am stärksten betroffen. Die Einbußen sind als Folge des statistischen Einwohnerverlustes von 8,54 Prozent zu sehen, auch wenn dieser durch den Demografiefaktor auf einen rechnerischen Bevölkerungsverlust von 2,78 Prozent abgemildert wird. Großräschens (Oberspreewald-Lausitz) Schlüsselzuweisungen sinken um 3,49 Prozent in Folge eines statistischen Einwohnerverlusts von 8,57 Prozent und einem maßgeblichen Einwohnerverlust (mit Demografiefaktor) von 2,81 Prozent.

Bei den kreisfreien Städten weist Cottbus mit 0,15 Prozent weniger Schlüsselzuweisungen (absolut: 123.220 Euro von 82.208.310 Euro) den stärksten Verlust auf. Potsdam bekommt 0,08 Prozent weniger (absolut: 93.920 Euro von 124.430.003 Euro). Brandenburg an der Havel (+1,00 Prozent) und Frankfurt (Oder) (+0,50 Prozent) erhalten mehr

Schlüsselzuweisungen im Vergleich zu den Abschlagszahlungen.

Der statistische Einwohnerverlust wirkt sich nicht signifikant auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen für die Landkreise aus. Zu diesem Ergebnis trägt auch der sogenannte Flächenfaktor bei. (Quelle MI)

Staat oder privat – Wer ist der bessere Bauherr?

Eine Kooperationsveranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung mit dem Ministerium der Finanzen

Im Rahmen der gemeinsam mit dem Finanzministerium veranstalteten Finanzpolitischen Gespräche ging es diesmal um die provokante Frage: „Staat oder privat – Wer ist der bessere Bauherr?“ Sowohl Bürgerinnen und Bürger, aber auch Mitarbeiter kommunaler und staatlicher Verwaltungen (darunter der Finanzstaatssekretär Sachsen-Anhalts, Jörg Felgner) sowie Vertreter von Bauunternehmen folgten der lebhaften und kontroversen Diskussion zwischen dem Baurechtsanwalt und Streitschlichter Prof. Wolfgang Heiermann, dem Bürgermeister und Kämmerer von Brandenburg an der Havel, Steffen Scheller, der Abteilungsleiterin beim Landesrechnungshof Brandenburg, Dr. Sieglinde Reinhardt sowie Finanzminister Dr. Helmuth Markov. Der ihm unterstellte Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen habe viele Bauprojekte erfolgreich umgesetzt, so Helmuth Markov. In den Medien würden zumeist nur die Probleme der Bauprojekte der öffentlichen Hand dargestellt. Das ergebe ein falsches Bild in der Öffentlichkeit. Steffen Scheller verwies darauf, dass man kompetente Mitarbeiter in der Bauverwaltung braucht. Wer hier kurzfristig Personalkosten einzusparen versuche, würde langfristig bei den Baukosten draufzahlen.

Das gemeinsame Fazit der vom Journalisten Michael Bartsch moderierten

Diskussion lautete: Sowohl Staat als auch Privat könnten termingemäß und innerhalb des Kostenplans bauen – wenn professionelle Standards eingehalten werden.

[Das vorgestellte Buch "Brandenburg baut II" kann hier bestellt werden](#)

Dorf- und Stadtentwicklung, BürgerInnenbeteiligung

20 Jahre Dorfontwicklung und Dorfwettbewerb in Brandenburg

Erfolgreiche Dörfer stellen sich vor

In einer neu vorliegenden Publikation sind die Dorfporträts der Kreissieger des 8. Dorfwettbewerbs nachzulesen. Sieger im Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ ist Pretschen und wird die brandenburgischen Dörfer im Wettbewerb auf Bundesebene vertreten. In der vorliegenden Broschüre werden Ideen und Ansätze für eine zukunftsfähige Dorfontwicklung präsentiert.

Die größte Bürgerbewegung Deutschlands mobilisiert in der Bundesrepublik seit 50 Jahren die Menschen auf dem Land – seit nunmehr über 20 Jahren sind auch die Brandenburger dabei. Zum zweiten Mal seit dem letzten Wettbewerb ging es hierbei nicht nur um die schönsten Dörfer, auch der Aspekt des ehrenamtlichen Engagements, die sozialen und kulturellen Aktivitäten und die Herausarbeitung einer Zukunftsperspektive waren wichtige Entscheidungskriterien.

Das Dorf Pretschen hat sich gegenüber knapp 90 Mitbewerbern durchgesetzt. Die Auszeichnung fand am 19. Oktober 2012 in Wiesenburg statt, der ersten Brandenburger Gemeinde, die im Bundeswettbewerb eine Goldmedaille. Erstmals wurden Preisgelder für den Landessieger, für einen zweiten Platz und Sonderprämien für herausragende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie für beispielhaften Erhalt und Nachnutzung historischer Bausubstanz vergeben.

Das hohe Engagement der Dorfbewohner, die Bereitschaft, gemeinschaftliche Perspektiven zu entwickeln, das soziale Miteinander oder die Stärkung der dörflichen Identität - das waren und sind die Kriterien, die den ländlichen Raum zu einem *Lebens(t)raum* werden lassen.

Die dargestellten Erfolgsrezepte sind so vielfältig und so bunt wie das Leben selbst. Zukunftsfähigkeit und Daseinsvorsorge sind die zentralen Fragen des Wettbewerbs, die jede Gemeinde ganz individuell beantworten muss. Auch der 8. Dorfwettbewerb verdeutlicht wieder, dass durch tatkräftige Bürger im ländlichen Raum eine lebendige und nachhaltige Dorfentwicklung erfolgen kann, die durch Zuneigung/Liebe für ihr Dorf von vielen mitgetragen und unterstützt wird. Nur eine lebendige Dorfgemeinschaft ist in der Lage, viele zu begeistern und zu motivieren mitzumachen und letztendlich den Sozialverbund „Dorf“ zu erhalten.

http://www.mil.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Kreissieger_8%20Landeswettbewerb_endg.pdf

Mittelbereichsprofile 2013 veröffentlicht

Nach der Erstaufgabe im Jahr 2010 hat das Landesamt für Bauen und Verkehr im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung wieder interessante Daten und Informationen über die 46 Mittelbereiche im Land Brandenburg zusammengetragen. Die Mittelbereichsprofile bieten einen vergleichenden Überblick der in den Mittelbereichen belegenen amtsfreien Gemeinden und Ämter. Mit tabellarischen und kartografischen Informationen zur Bevölkerungsentwicklung und -prognose, Daten zur Wirtschaftsentwicklung und zur Beschäftigung, zur Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie zur Erreichbarkeit bieten die Profile eine gute Grundlage für die gutnachbarschaftliche Abstimmung der

Ämter und Gemeinden in den Mittelbereichen.

In mehr als der Hälfte der Brandenburger Mittelbereiche haben die Gebietskörperschaften ihre Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Sicherung der Daseinsvorsorge mittlerweile verstetigt. Die Mittelbereichsprofile können über www.lbv.brandenburg.de/2698.htm abgerufen werden.

Nachhaltige Wohnungsmarktanpassung

Kommunen und Land diskutieren Handlungsbedarfe und Lösungsansätze

Demografische und wohnungswirtschaftliche Entwicklungstrends, künftige Herausforderungen der Wohnungsmärkte, Instrumente der Wohnungsmarktprognose und Steuerungsmöglichkeiten der Akteure standen im Mittelpunkt des Workshops zur nachhaltigen Wohnungsmarktanpassung zu dem der Städtekrantz Berlin-Brandenburg und das MIL nach Potsdam eingeladen haben.

In den Stadtumbaustädten, aber auch in anderen Kommunen des Landes Brandenburg, stehen die Wohnungsmärkte vor zum Teil erheblichen, aber im Detail schwer prognostizierbaren Veränderungen. Trotz erheblicher Investitionen der Wohnungswirtschaft, privater Eigentümer, der Städtebau- und Wohnraumförderung ist der Anpassungsbedarf weiterhin sehr hoch. Gründe liegen u. a. in den weiteren bzw. in den sich weiter verschärfenden soziodemografischen Veränderungen, spezifischen Wohnungsnachfragen und Wanderungsmustern sowie klimabezogenen/energetischen Erfordernissen an den Wohnungsbestand.

Entwicklungstrends und Handlungsbedarfe, bestehende Instrumente der Wohnungsmarktprognose und „Handwerkzeuge“ für die Kommunen und die Wohnungsmarktakeure sowie öffentliche Steuerungsmöglichkeiten und

Förderausrichtungen der künftigen Wohnraumförderung des Landes wurden dargestellt.

Die Ergebnisdokumentation sowie die Präsentationen der Referentinnen und Referenten stehen hier:

<http://www.mil.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.324509.de>

Situation der Stadtentwicklung in kleinen Städten

MIL-Gutachtenbericht veröffentlicht

Die Ergebnisse einer vom MIL in Auftrag gegebenen Befragung zur Situation der Stadtentwicklung in kleinen Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg liegen vor. Hierzu hat die Arbeitsgemeinschaft Plan und Praxis und RegioKontext ausgewählte Kommunen um Einschätzungen zu Problemen, Verfahrensweisen und Instrumenten der Stadtentwicklung in ihrer Stadt gebeten, diese ausgewertet und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Für die Befragung wurde durch die beauftragten Gutachter ein Fragebogen erarbeitet und an 113 ausgewählte Kommunen mit ca. 2.000 bis 10.000 Einwohnern befragt, die über einen städtischen Kern verfügen und deren Kernort mindestens ca. 1.000 Einwohner hat. Im Vordergrund stand die Praxis der Stadt- / Ortsentwicklung im jeweiligen Kernort der Kommune. Das Gutachten beinhaltet die Auswertung der Befragungsergebnisse auf Basis der beantworteten Fragebögen und die Ergebnisse von vertiefenden Interviews.

An dieser Stelle möchte sich das MIL bei den an der Befragung teilgenommenen Kommunen für ihre aktive und hilfreiche Mitwirkung bedanken. Die Auswertung der Befragung ermöglicht es die Instrumente der Stadtentwicklungspolitik des Landes künftig noch stärker auf

spezifische Belange in kleinen Städten und Gemeinden auszurichten.

Der für das Gutachten auswertbare Rücklauf von 35 Fragebögen bei 113 angeschriebenen Ämtern / Kommunen entspricht einer Quote von ca. 31 Prozent. Die Rücklaufquote blieb damit zwar unter den Erwartungen, liegt aber im Vergleich zu anderen Befragungen durchaus in einem akzeptablen Bereich.

Aus der dargestellten Analyse der Befragung und den vertiefenden Interviews wurden Schlussfolgerungen abgeleitet, die tendenzielle Aussagen zu den Problemen, Instrumenten und Verfahrensweisen der Stadtentwicklung in kleinen Städten und Gemeinden Brandenburgs ermöglichen.

Den Ergebnisbericht finden Sie hier:

http://www.mil.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/ergebnisbericht_kleine_staedte.pdf

Bürgerbeteiligung in der Land- und Stadtentwicklung

Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger will über Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen bei den Themen Land- und Stadtentwicklung, Verkehr und Raumordnung besser informieren. Die Internetseite www.mil.brandenburg.de ist um Bausteine zum Thema Bürgerbeteiligung erweitert. Damit können Bürger, Initiativen und Interessengruppen auf Informationen und Hilfestellungen sowie Beispiele aus der Praxis zurückgreifen. Diese können auch für lokale Akteure aus Politik und Verwaltung hilfreich sein. Gute Erfahrungen für frühzeitige Beteiligung und gemeinsames Vorgehen habe man zum Beispiel beim Thema „Lärmschutz an der A 10“ gemacht, wo die Planer mit einer Bürgerinitiative gemeinsam nach Lösungen für einen besseren Lärmschutz suchen. Auch das Raumordnungsverfahren für eine neue Stromleitung nach Polen sei ein gutes Beispiel, weil hier in einem

frühen Stadium Bürgerinformationen angeboten wurden, die im formellen Verfahren nicht vorgesehen seien.

Wie Bürgerbeteiligung funktionieren kann, zeigen die Internetseiten an weiteren guten Beispielen aus der Praxis. Außerdem verweist das Portal auf viele andere Informationsquellen. Eine laufende Weiterentwicklung ist geplant, Hinweise und Anregungen sind hierzu willkommen. Die Bausteine zum Thema Bürgerbeteiligung sind [hier](#) mit einem Klick zu erreichen.

<http://www.mil.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.289441.de>

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte

Neue Arbeitshilfe veröffentlicht

Die neue Arbeitshilfe zur Erstellung und Fortschreibung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK) soll sowohl die Kommunen, die dieses Planungsinstrument ohne direkten Förderbezug nutzen wollen, als auch die Kommunen, die aus Fördersicht zur Vorlage eines aktuellen INSEK aufgefordert sind, bei der künftigen Erarbeitung bzw. Überarbeitung von INSEK unterstützen.

Sie finden die Arbeitshilfe als PDF-Dokument hier:

http://www.mil.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Arbeitshilfe_INSEK.pdf

Beteiligungskultur

Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen

Anregungen für Kommunalverwaltungen und kommunale Politik

AutorInnen: Dr. rer. pol. Stephanie Bock, Dr. rer. soc. Bettina Reimann, Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Sonderveröffentlichungen, 2013, 100 S., ISBN: 978-3-88118-524-0 Preis: 19.00€

Eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Stadtentwicklung ist kein Zufall, sondern Ergebnis eines transparenten und wohldurchdachten Arbeits-, Organisations- und Entscheidungsprozesses. Dabei kommt einer umfassenden, ernst genommenen und intensiven (Bürger-)Beteiligung eine immer größere Bedeutung zu. Auf der einen Seite stehen Projekte der Stadtentwicklung und Infrastrukturprojekte gegenwärtig im Fokus einer besonderen öffentlichen Aufmerksamkeit. Ihre Planungs- und Umsetzungsprozesse werden von einem wachsenden Teil der Bevölkerung kritisch begleitet, sie geraten zunehmend unter Legitimationsdruck. Auf der anderen Seite führt eine qualitätsvolle Bürgerbeteiligung zu tragfähigen Ergebnissen.

Von einer Politikverdrossenheit kann zumindest auf der kommunalen Ebene nicht die Rede sein. Zivilgesellschaftliche Akteure suchen für ihr Engagement vielmehr verstärkt neue Wege jenseits von Parteien und organisierter Kommunalpolitik sowie festgefügtten Interessengruppen. Von der Bürgerschaft diskutiert, formuliert und eingefordert werden veränderte Formen und neue Qualitäten der Beteiligung und Planung sowie eine Verknüpfung der Bürgerbeteiligung mit Ansätzen direkter Demokratie.

Diese neue Dynamik der Bürgerbeteiligung hat – sofern sie ernst genommen wird – erhebliche Konsequenzen für die Kommunen, und zwar nicht nur in Hinblick auf ihr Handeln nach außen, also die Konzeption und Organisation von Beteiligungsprozessen, sondern auch nach innen. Die Kommunikation der einzelnen Fachbereiche und ein integriertes Vorgehen der Verwaltung sind notwendige Voraussetzungen für eine nachhaltige Beteiligungskultur, die weit über einzelne Beteiligungsprojekte hinausgeht. Nicht Konkurrenz und individuelle bzw. einseitige Profilierung, sondern die Definition und die gemeinsame Festlegung

von Schnittstellen und Spielregeln sind unabdingbare Grundlagen für zukunftsweisende kommunale Partizipationsansätze. Beteiligungskultur bedeutet somit auch die Organisation der „Beteiligung zur Beteiligung“: Vor dem ersten konkreten Beteiligungsprojekt sollte ein gemeinsamer Diskussionsprozess verschiedener Akteursgruppen, zunächst Kommunalverwaltung und -politik, dann sukzessive aller Akteure – Verwaltung, Politik, Bürgerschaft, Vorhabenträger, Wirtschaft und Medien – über die als wichtig und notwendig erachteten Bausteine einer Neuausrichtung der Beteiligung geführt werden. Für den erforderlichen Ausbau der Professionalisierung und die Bereitstellung der Ressourcen sind Überlegungen zur Änderung von Verwaltungsstrukturen und Abläufen anzustellen. Da es für die Umsetzung dieser Aufgaben und Herausforderungen kein fertiges Konzept gibt, ist kommunale Beteiligungskultur für alle Beteiligten ein Lernprozess. Hierbei wird Kommunikation zu einem Schlüsselbegriff für eine erfolgreiche Gestaltung und Umsetzung von Beteiligung.

Die vorliegende Veröffentlichung möchte zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen beitragen und Städte und Gemeinden auf dem Weg zu einer eigenen Beteiligungskultur unterstützen. Die Ausführungen sind als Anregungen und Hilfestellungen zu verstehen, indem sie für den Aufbau und die Weiterentwicklung einer kommunalen Beteiligungskultur

- wichtige Bausteine aufzeigen,
- verschiedene Akteursgruppen in den Blick nehmen,
- ein schrittweises Vorgehen vorschlagen und
- Fragen aufwerfen, die in jeder Kommune zwar anders beantwortet werden können, jedoch beantwortet werden müssen.

Erst aufbauend auf dieser übergreifenden, d.h. von konkreten Projekten und Verfahren weitgehend losgelösten Form der Auseinandersetzung mit (Bürger-)Beteiligung und Beteiligungskultur werden am Ende der Ausführungen weiterführende Informationen zur Begleitung kommunaler, projekt- und verfahrensbezogener Beteiligungsprozesse angeboten.

GovData - Das Datenportal für Deutschland

Seit dem 19. Februar 2013 ist mit GovData das ebenübergreifende Open-Data-Portal für Deutschland online. Über die Internetpräsenz bieten öffentliche Stellen aus Bund, Ländern und Kommunen ihre Daten aus der Verwaltung an. Auf diese Weise können Verwaltungsmitarbeiter, Bürger, Unternehmen und Wissenschaftler auf Informationen der Behörden schnell und einfach zugreifen.

Damit soll das Vertrauen zwischen Bürgern und der Verwaltung gestärkt werden, indem die Transparenz öffentlicher Entscheidungsprozesse gesteigert wird. Die Bereitstellung von Wissen, durch dessen Nutzung innovative Anwendungen den Alltag erleichtern können, birgt aber auch ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Denn Informationen sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts.

[Homepage GovData - Das Datenportal für Deutschland](#)
[Offizielle Metadatenstruktur von GovData](#)

Klimaschutz, Naturschutz, Umwelt und Verkehr

Freiraum und Naturschutz in der Stadtentwicklung

Umwelt- und Infrastrukturministerium stellen gemeinsamen Leitfaden vor

MUGV und MIL haben gemeinsam eine Broschüre zum Thema „Freiraum und

Naturschutz in der Stadtentwicklung“ erarbeitet. Diese ist das Ergebnis eines seit 2010 laufenden Projekts zur besseren Verzahnung von Stadtentwicklung und Stadtumbau mit der städtischen Freiraumentwicklung und dem Naturschutz.

Seit 2010 läuft das Projekt zur besseren Verzahnung von Stadtentwicklung und Stadtumbau mit der städtischen Freiraumentwicklung und dem Naturschutz. Im Ergebnis haben das Umwelt- und das Infrastrukturministerium gemeinsam eine Broschüre zum Thema „Freiraum und Naturschutz in der Stadtentwicklung“ erarbeitet.

Im Mittelpunkt steht das Anliegen, innerstädtische Brachflächen stärker für die Verbesserung der Stadtnatur heranzuziehen und damit auch einen Beitrag zum Stadtumbau zu leisten. Dafür können Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gezielt genutzt werden, die auf der Grundlage der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erforderlich werden. Auf diesem Weg kann für die Kommunen eine zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit für die Entwicklung der vorhandenen städtischen Freiflächen erschlossen werden.

Als Instrument der Verzahnung bieten sich sogenannte „Flächenpools“ an. Hierzu gibt der Leitfaden Hilfestellungen, mit dem Ziel einer möglichst einfachen Handhabung der Verfahren in der kommunalen Praxis. Das MIL wird 2013 bis 2014 Pilotvorhaben als Praxistest durchführen.

http://www.mil.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Leitfaden_Freiraum.pdf

Relaunch Klimaschutzportal

Noch mehr Informationen zum kommunalen Klimaschutz, die Möglichkeit, sich aktiv mit anderen Kommunen und weiteren Akteuren auszutauschen und viel Raum für Vernetzung – das alles bietet das "neue"

Internetportal des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK). Kommunen stehen damit modernste Informations- und Kommunikationswege offen.

Ganz neu ist ein zugangsgeschützter Bereich für die "Klimaschutz-Community": Registrierte Nutzer erhalten hier eine geschützte Plattform, in der sie sich ungestört austauschen können. Ergänzt wird das Angebot durch eine umfangreiche Profil-Funktion: Wer möchte, kann hier Angaben zu sich und seiner Kommune machen und mit anderen Nutzern in direkten Kontakt treten.

Neben dem Community-Bereich bietet das Internetportal auch öffentlich zugängliche neue Funktionen. So werden beispielsweise häufig auftauchende Fragen rund um den kommunalen Klimaschutz in der neuen FAQ-Liste an zentraler Stelle beantwortet. Wissenswertes zur sogenannten Kommunalrichtlinie sowie weitere Förderangebote, aktuelle Terminhinweise und Publikationen, Wettbewerbe und Praxisbeispiele sind wie gewohnt zu finden.

www.klimaschutz.de/Kommunen

NaturSchutzFonds Brandenburg

Als gemeinnützige Stiftung des öffentlichen Rechts wurde der Naturschutzfonds Brandenburg errichtet. Das Naturschutzgesetz des Landes definiert überdies eindeutig den Zweck der Stiftung. Dazu gehören neben der Öffentlichkeitsarbeit für den Naturschutz z.B. auch die Durchführung und Förderung von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft oder der Abschluss entsprechender vertraglicher Vereinbarungen nach § 3 Absatz 3 des Bundesnaturschutzgesetzes. Auch Grundstücke, die für den Naturschutz, die Landschaftspflege oder die Erholung besonders geeignet sind, können gemäß Stiftungszweck erworben oder langfristig

gepachtet werden. Dieser gesetzlich vorgeschriebene Stiftungszweck ist auch Bestandteil der Satzung des Naturschutzfonds Brandenburg.

Diese Antwort auf die kleine Anfrage gibt einen Einblick in die Förderschwerpunkte und Projekte des Fonds.

http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_7600/7627.pdf

Alleebaumpflanzungen als Kompensationsmaßnahme

Im Rahmen der Diskussion um Nachpflanzungen für Alleebäume wird immer wieder thematisiert, in welchem Umfang Alleebaumpflanzungen im Rahmen der Eingriffsregelung, also als Ausgleich für Baumfällungen bei Baumaßnahmen vorgenommen werden.

Kleine Anfrage im Landtag zur Anzahl der Baumfällungen sowie der Nachpflanzungen

<http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab%5F7600/7667.pdf>

Müllabfuhr in engen Straßen zunehmend problematischer

Immer öfter beschweren sich Anwohner darüber, dass ihr für die Region zuständiges

Entsorgungsunternehmen nicht mehr wie bisher in Haustürnähe entsorgt, da die

Straßen nicht den Anforderungen entsprechen. Hintergrund des verschärften Entsorgungsproblems sind die Vorschriften und Auflagen der Berufsgenossenschaft für

Transport und Verkehrswirtschaft zur Unfallverhütung, die z.B. ein Rückwärtsfahr-

verbot für Müllautos beinhaltet. Wenn die Straße keine Wendemöglichkeit für die immer größeren Müllfahrzeuge bietet, wird sie nicht mehr angefahren.

Die Anwohner sind genötigt, ihre vollen Müllbehälter ganzjährig teilweise mehrere hundert Meter weit und bergauf zu Sammelstellen an den Straßeneinfahrten zu bringen. Eine Darstellung der Rechtslage gibt die Antwort auf die kleine Anfrage.

http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_7600/7688.pdf

B+R und P+R an Bahnhöfen in Potsdam-Mittelmark

Viele Bürger im Landkreis Potsdam-Mittelmark nutzen den öffentlichen Personen-nahverkehr, um ihre Arbeitsstelle in der Landes- oder Bundeshauptstadt zu erreichen. Allerdings sind die einzelnen Bahnhöfe nicht für alle optimal mit Bussen zu erreichen. Daher reisen viele Fahrgäste mit Auto oder Fahrrad an, um dann auf die Regionalbahn umzusteigen – insbesondere im südlicheren Teil des Landkreises.

Das Land fördert Investitionen von Kommunen in Abstellmöglichkeiten von Autos und Fahrrädern an den Zugangsstellen zu Bahnhöfen bzw. Bahnsteigen. Dabei handelt es sich um sogenannte B+R- (Bike and Ride, Fahrrad und Reisen) und P+R-Anlagen (Park and Ride, Parken und Reisen).

<http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab%5F7600/7686.pdf>

Jugend, Soziales Familie, Integration

Sichere Schul- und Spielwege

Neuer Leitfaden vorgestellt

Der neue Leitfaden „Schul- und Spielwegsicherheit“ vom Forum Verkehrssicherheit bietet neben sinnvollen Tipps für eine altersgerechte Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II auch konkrete Vorschläge für die Beseitigung von optischen und baulichen Defiziten in der Verkehrssicherheit von

Straßen an. Optische Mängel und Gefahrenstellen können zuvor mithilfe des Human-Factors-Prüfbogens erkundet werden.

Der leicht verständliche Leitfaden wendet sich insbesondere an Lehrkräfte, Eltern und Planer, aber auch an weitere Interessierte aus Verwaltung und Politik. Er kann auf der Website des Bildungsservers Berlin-Brandenburg <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/verkehrserziehung.html> heruntergeladen werden. Herausgeber des Leitfadens ist das IVS Institut für Verkehrssicherheit gGmbH.

Mehr zum Thema im Internet unter: <http://www.ivs-ok.com/forum/>

Fachgespräch: Lärmaktionsplanung - Wirksames Instrument oder zahnlöser Tiger?

Am Dienstag, 28. Mai 2013, diskutierte Michael Jungclaus, energiepolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Brandenburger Landtag mit rund 40 KommunalvertreterInnen, Verbänden und engagierten BürgerInnen die Chancen, Hürden und Grenzen dieser von EU und Bund gesetzlich vorgeschriebenen Planung.

Lärm nervt. Nicht nur die AnwohnerInnen von Flughäfen. Auch vom Straßen- und Schienenverkehr geht Lärm aus, der krank machen kann, der sich aber vielerorts auch mit ganz unterschiedlichen Mitteln erträglicher machen oder vermeiden lässt. Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Lärm sind heutzutage weithin erforscht und bekannt. Laut Umweltbundesamt haben Menschen, die über längere Zeit Lärmbelastungen ausgesetzt sind, ein erhöhtes Risiko für Bluthochdruck und Herzinfarkte.

Die Minderung der Umgebungslärmbelastung hat in den letzten Jahren einen hohen politischen Stellenwert erlangt. Dies spiegelt sich in

der Entwicklung der europäischen und nationalen Rechtsgrundlagen wider. 183 von Verkehrslärm betroffene Städte und Gemeinden in Brandenburg sind verpflichtet, bis Mitte Juli dieses Jahres eine Lärmaktionsplanung vorzulegen. Ziel der Lärmaktionsplanung ist es, Ansätze zu entwickeln, wie die Umweltqualität im Sinne der Richtlinie der EG in Bezug auf den Lärm verbessert werden kann. Grundlage für die Lärmaktionsplanung sind die Lärmkarten.

Die Referenten Jens Krüsmann vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und Dr. Eckhart Heinrichs von der LK Argus GmbH haben ihre Präsentationen zum Download zur Verfügung gestellt. (Quelle Michael Jungclaus)

Jens Krüsmann:

[Wird es bald ruhiger? Stand der Lärmaktionsplanung in Brandenburg](#)

Dr. Eckhart Heinrichs:

[Lärmaktionspläne erstellen - Erfahrungen aus der Praxis](#)

Willkommenskultur (und Anerkennungskultur)

Das Papier beleuchtet kurz den gesellschaftlichen Hintergrund im Kontext in Bezug auf Demografie, Migration und Arbeitsmarkt. Anschließend setzt es sich mit der aktuellen Diskussion um Willkommenskultur auseinander. Dabei werden relevante Studien vorgestellt, kritische Stimmen beleuchtet, aber auch die Chancen der Debatte beschrieben. Neben der Formulierung von Prämissen für eine Willkommenskultur aus Sicht der Fachstelle Diversity Management finden sich außerdem Handlungsempfehlungen und -ebenen sowie Umsetzungsbeispiele in diesem Papier. Abschließend werden aktuelle Kampagnen, Positionspapiere und Broschüren aufgezählt und kurz beschrieben.

Direktlink zum Arbeitspapier [hier](#).

Menschenrechtsbasierte Sexualpädagogik

Jetzt erst Recht- Eine Handreichung Menschenrechtsbasierte Sexualpädagogik mit Jugendlichen Jetzt erst Recht“ zeichnet einen neuen Weg für die Sexualpädagogik: An drei Praxisbeispielen wird deutlich, wie die sexuellen Rechte in der Gruppenarbeit mit Jugendlichen ab 15 Jahren vermittelt werden können. Methodisch werden dabei Inhalte und Methoden der Sexualpädagogik mit der Menschenrechtsbildung verbunden. Menschenrechtsbildung wird von Amnesty International, vom Europarat und den Vereinten Nationen empfohlen und gefördert .

Thematisch steht die Stärkung der Gleichheit der PartnerInnen in sexuellen Beziehungen im Vordergrund. Die pro familia Studie zu Jugendschwangerschaften hat gezeigt, dass Ungleichheiten in Jugend-Partnerschaften das Risiko ungewollter Schwangerschaften stark erhöht .

Soziale Benachteiligung, große Altersunterschiede sowie mangelnde Aushandlungskompetenzen und Durchsetzungsfähigkeiten wirken sich ungünstig auf das Verhütungsverhalten aus
http://www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Fachpublikationen/BVJetzterstRECHT2012_01.pdf

Jugendhilfeausschüsse - eine paritätische Arbeitshilfe

Zitat aus der Einleitung: "2000 hatte der Paritätische Gesamtverband eine Arbeitshilfe „Qualitätsentwicklung in Jugendhilfeausschüssen“ herausgegeben, die auf große Nachfrage stieß. Wir haben uns entschlossen, diese Arbeitshilfe zu überarbeiten, um sie dann aktualisiert den Vertreter/-innen des Paritätischen in den kommunalen Jugendhilfeausschüssen für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen."

Aus dem Inhalt:
Jugendhilfepolitische Hintergrundinformationen zur Diskussion um die Jugendhilfeausschüsse / Die Arbeit im Jugendhilfeausschuss / Welche Materialien braucht man zur Jugendhilfeausschussarbeit? / Handlungsmöglichkeiten des Jugendhilfeausschusses / Die Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien / Anregungen und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe / Jugendhilfeplanung / Die Förderung der freien Jugendhilfe / Anhang: Grundinformationen zu einigen Problem- und Gestaltungsfeldern des Jugendhilfeausschusses / Glossar

Herausgeber: Der Paritätische Gesamtverband Oranienburger Str. 13-14 D-10178 Berlin
2. aktualisierte Auflage, Oktober 2012 Die Erstellung wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
[Zum Download auf der Seite des Paritätischen Gesamtverbandes](#)

„Kommune goes International“

Erster Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung von „Kommune goes International“ liegt vor
Wie können Kommunen die Internationale Jugendarbeit stärken und allen Jugendlichen zugänglich machen?

Dieser Frage widmet sich die Begleitforschung der Initiative Kommune goes International, die das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) durchführt. Mit dem Zwischenbericht liegt nun eine erste Bestandsaufnahme der beteiligten 21 Kommunen und der von ihnen erstellten lokalen Entwicklungspläne für Internationale Jugendarbeit vor.

Der Bericht skizziert die Ausgangsbedingungen in den Kommunen, gibt Einblicke in die lokalen Entwicklungspläne für Internationale Jugendarbeit und die

Beratungsschwerpunkte und zieht erste Rückschlüsse auf Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Verankerung der Internationalen Jugendarbeit in der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe. Die Ergebnisse beruhen auf einer mit den Koordinatoren/-innen von „Kommune goes International“ durchgeführten Online-Befragung, vorangegangenen Telefoninterviews sowie auf der Sichtung der Lokalen Entwicklungspläne. Schon jetzt werden erste Faktoren genannt, die das Vorhaben Kommune goes International begünstigen, wie zum Beispiel

- ausreichend hohes und stabiles Finanzbudget für Internationale Jugendarbeit,
- Politische Legitimierung der Lokalen Entwicklungsprozesse,
- Verlässliche kommunale, nationale und internationale Netzwerke,
- Interessierte Träger sowie motivierte und qualifizierte Fachkräfte,
- Gemeinsam erarbeitete und getragene und im Jugendhilfeausschuss verabschiedete Lokale Entwicklungspläne,

Strukturelle Voraussetzungen: Mitarbeiter/-innen in der Kommunalverwaltung, die für IJA verantwortlich sind, und Anlaufstellen für interessierte Träger und Jugendliche.

[Der Bericht zum Download \(PDF\)](#)

Kita/ Schule

In Brandenburg wird der Übergang von Kita zur Schule verbessert

Bildungs- und Jugendministerin Martina Münch unterzeichnet gemeinsam mit dem Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Wolfgang Blasig, am Rande der „Kabinett vor Ort“-Sitzung in Bad

Belzig, eine Vereinbarung zur Verbesserung des Übergangs von der Kita in die Schule.

Grundlage der Vereinbarung sind der 2009 veröffentlichte „Gemeinsame Orientierungsrahmen für die Bildung in Kindertagesbetreuung und Grundschule“ (GOrBiKs) sowie die „Qualitätsstandards für die Kindertagesbetreuung in Kindertagesstätten und in anderen Angeboten des Landkreises Potsdam-Mittelmark“.

Der gemeinsame Orientierungsrahmen und die Qualitätsstandards bilden den pädagogischen Rahmen für die Gestaltung eines gelingenden Übergangs aus der Kindertagesbetreuung in die Grundschule. Sie geben den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrkräften konkrete Hinweise für die Entwicklung sowie Weiterentwicklung eines gemeinsamen Bildungsverständnisses von Kita und Grundschule und bieten Anregungen und Vorschläge zu Formen der Kooperation sowie zu Qualitätsmerkmalen, an denen Kitas und Schulen ihre eigene Praxis messen und weiterentwickeln können.

Weitere Informationen gibt es auf den Seiten des Ministerium für Bildung, Jugend, Sport des Landes Brandenburg unter "[Kindertagesbetreuung](#)".

Kommunale Austauschplattform Frühe Hilfen

Auf der Plattform www.fruehehilfen.de/kommunale-austauschplattform können sich die Kommunen per "Visitenkarte" vorstellen und neben allgemeinen Daten zur kommunalen Struktur ihre Aktivitäten im Bereich der Frühen Hilfen und lokalen Praxismodelle beschreiben. Die Darstellung kann durch das Hinzufügen von Schaubildern oder auch Fotos ergänzt und veranschaulicht werden. Akteurinnen und Akteure der Frühen Hilfen sind eingeladen, online in den direkten

Austausch mit anderen Fachkräften zu treten, Gruppendiskussionen zu initiieren und sich an Diskussionen, beispielsweise zu aktuellen Fragen im Zusammenhang mit der Bundesinitiative Frühe Hilfen, zu beteiligen.

Die Plattform bietet mit der sogenannten "Werkzeugkiste" die Möglichkeit des Austausches, um praxiserprobte Instrumente der Steuerung und Koordinierung von Frühen Hilfen anderer Kommunen kennenzulernen. Die vielfältigen, bereits vorhandenen und lokalen "Werkzeuge", wie Netzwerkleitfäden, Kooperationsvereinbarungen oder Handlungsempfehlungen werden hier gesammelt und für alle zur Verfügung gestellt.

Städte werden attraktiv für Familien

Lange Zeit gab es auf dem Land mehr Kinder als in den Städten – das ändert sich allmählich

Lange Zeit gab es auf dem Land mehr Kinder als in den Städten – das ändert sich allmählich

Zwischen 2002 und 2010 hat Deutschland etwa 800.000 Einwohner verloren, gleichzeitig nimmt der Bevölkerungsanteil jüngerer Menschen kontinuierlich ab. Regional hat sich dieser demografische Wandel jedoch sehr unterschiedlich ausgewirkt. Die Bevölkerungsstatistik zeigt deutlich, dass wir uns in einer Phase der Reurbanisierung befinden, in der Städte gegenüber ländlichen Gemeinden als Wohnorte an Bedeutung gewinnen. Während viele Groß- und Mittelstädte demografisch wachsen oder zumindest stabil sind, verlieren vor allem entlegene ländliche Räume Einwohner.

Die Statistik des Bundesamts für Bau-, Stadt- und Raumforschung gliedert Deutschland in 80 Großstädte, 609 Mittelstädte, 2550 Kleinstädte (die häufig in ländlichen Regionen liegen) und 1310 ländliche Gemeinden oder

Gemeindeverbände. Betrachtet man eine Bevölkerungsveränderung von plus/minus einem Prozent im Fünfjahreszeitraum von 2005 bis 2010 als Stabilität, so haben während dieser Zeitspanne etwa zwei Drittel der ländlichen

Gemeinden und Kleinstädte, etwa die Hälfte aller Mittelstädte aber nur 32 Prozent aller Großstädte Bevölkerung verloren. Eine Bevölkerungszunahme von mehr als einem Prozent ließ sich in knapp der Hälfte aller Großstädte registrieren (in 35 von 80 Städten). Etwa 20 Prozent der deutschen Mittelstädte sind gewachsen. Von den Kleinstädten und ländlichen Gemeinden

hingegen konnten lediglich 14 Prozent Einwohner hinzugewinnen. Die Bevölkerung verlagert sich also tendenziell in städtische Zentren.

Je stärker der Bevölkerungsverlust in einer Region insgesamt ausfällt, umso mehr profitieren urbane Regionen. In den neuen Bundesländern mit ihrem starken Bevölkerungsrückgang stabilisieren sich ausschließlich Großstädte: Unter den elf ostdeutschen Großstädten verzeichnen im genannten Fünfjahreszeitraum immerhin acht Prozent Bevölkerungswachstum.

Großstädte bei jungen Menschen immer beliebter-

Der ländliche Raum verliert einstigen Kinderreichtum...

http://www.berlin-institut.org/newsletter/Newsletter_151.html.pdf

Kommunalverfassung neu aufgelegt

Die GBK hat die Brandenburger Kommunalverfassung als Broschüre neu aufgelegt. Das 40-seitige DIN-A-5 Heft mit grünem Umschlag und GBK-Logo kann in der Geschäftsstelle bestellt werden.